
Mit den Forschungsnachrichten fassen die besten Studierenden wirtschaftspolitisch relevante Ergebnisse der aktuellen Forschung für Entscheidungsträger und die interessierte Öffentlichkeit zusammen.

Tabea MÜNDLEIN
Universität St. Gallen
Master in Economics
tabea.muendlein@student.unisg.ch



Wie viel Reichtum verhindern Vermögenssteuern?

Der Reichtum eines Landes besteht im Wert der Produktionsanlagen, welche die Unternehmen betreiben, und der Immobilien mit dem Boden, welche Haushalte und Unternehmen nutzen. Auch der Staat häuft Vermögen in Form von öffentlicher Infrastruktur an, die alle nutzen. Angesichts der Konzentration der Finanz- und Immobilienvermögen bei den Reichsten stehen Vermögenssteuern zunehmend im Brennpunkt der Diskussion, um die Ungleichheit zu mindern. Die Vermögenssteuern zahlen die Reichen, denn nur bei ihnen ist das Vermögen konzentriert. Doch was sind die Konsequenzen? Wie viel Vermögen verhindern die Vermögenssteuern?

Christian Keuschnigg und Michael Kogler, Herausgeber.

Quelle: Jakobsen, Katrine, Kristian Jakobsen, Henrik Kleven und Gabriel Zucman (2020), Wealth Taxation and Wealth Accumulation: Theory and Evidence from Denmark, Quarterly Journal of Economics 135(1), 329-88.

Wie wirken sich Vermögenssteuern auf die Vermögensbildung von Haushalten aus? Diese Frage ist entscheidend dafür, ob und wie hoch der Staat Kapitaleinkommen und Vermögen besteuern sollte. Zur Besteuerung von Kapitaleinkommen gibt es zwar schon viele Veröffentlichungen. Wie Vermögenssteuern die langfristige Vermögensbildung beeinflussen, ist aber noch wenig erforscht. Die Ökonomen Katrine Jakobsen, Kristian Jakobsen, Henrik Kleven und Gabriel Zucman von den Universitäten Kopenhagen, Berkeley und Stanford gehen dieser Frage nach.

Zu diesem Zweck werten sie administrative Vermögensaufzeichnungen aus Dänemark aus. Dänemark erhob traditionell einen der weltweit höchsten (Grenz-)Steuersätze auf Vermögen. Jedoch senkte es die Vermögenssteuer 1989 drastisch und schaffte sie schliesslich 1997 ganz ab. Für das Forscherteam stellt diese stufenweise Abschaffung ein Quasi-Experiment dar. Anhand dessen können sie analysieren, wie die wohlhabendsten Bevölkerungsschichten auf Vermögenssteueränderungen reagieren und langfristig ihre Vermögensbildung anpassen.

Dafür verwenden die Wissenschaftler einen Datensatz der dänischen Behörden mit Informationen zu den Privatvermögen aller dänischen Haushalte von 1980 bis 1996. Kaum ein Land verfügt über derart detaillierte Aufzeichnungen von Vermögensdaten über einen längeren Zeitraum. Im Fokus der Arbeit stehen die sehr wohlhabenden Haushalte, welche dem 1 Prozent der reichsten Haushalte entsprechen.

Die Autoren nutzen eine Besonderheit des dänischen Steuersystems, welches eine generelle Obergrenze für alle persönlichen Steuern (z.B. Einkommens- und Vermögenssteuern, Sozialversicherungsbeiträge) vorsieht. Einige der reichsten Haushalte überschreiten die Obergrenze, so dass ihre Steuerschuld auf den Betrag der Obergrenze «limitiert» ist. Das bedeutet, dass jedes zusätzlich angesparte Vermögen die Steuerschuld nicht mehr erhöhen kann und somit der Grenzsteuersatz auf null fällt. Auf zusätzlich angehäuften Vermögen bezahlen sie keine Steuern mehr. Haushalte, deren Gesamtsteuerschuld die Obergrenze noch nicht erreicht und damit «nicht limitiert» ist, müssen dagegen mit jedem weiteren Vermögen auch mehr Vermögenssteuer bezahlen und unterliegen daher einem hohen Grenzsteuersatz.

Im Jahr 1989 beschloss Dänemark eine Steuersenkung, welche den Vermögenssteuersatz von 2.2 Prozent auf 1 Prozent mehr als halbierte. Die Steuerobergrenze führte allerdings zu sehr unterschiedlichen Effekten auf die reichsten Haushalte: die nicht-limitierten Haushalte mit einem Vermögen unterhalb der Grenze profitierten vollumfänglich von der Senkung des Steuersatzes. Ihr Anreiz zu mehr Vermögensbildung wurde mächtig gestärkt. Limitierte, sehr reiche Haushalte, deren Vermögen die Obergrenze überstieg, konnten dagegen nicht von der Steuersenkung profitieren und mussten weiterhin die maximale Steuerschuld gleich der Obergrenze bezahlen. Sie sollten daher weniger stark bis gar nicht auf die Steuersenkung reagieren. Diese Unterschiede unter den Wohlhabenden ermöglicht es den Ökonomen, die Auswirkungen von Vermögenssteuern auf die Vermögensentwicklung der reichen Bevölkerung Dänemarks zu schätzen. Konkret vergleichen sie das Verhalten von «limitierten» und «nicht limitierten» Haushalten innerhalb des obersten Prozents der Vermögensverteilung und können so die Auswirkungen der Steuersenkung quantifizieren.

Die Darstellung der Vermögensrends bei den reichsten Haushalten ergibt eine erste wichtige Erkenntnis: Die Reform der Vermögenssteuer hat beträchtliche Auswirkungen auf das zu versteuernde Vermögen (Abbildung 1). Auf der Vertikalen ist die prozentuale Veränderung des steuerbaren Vermögens der sehr wohlhabenden Haushalte abgetragen.

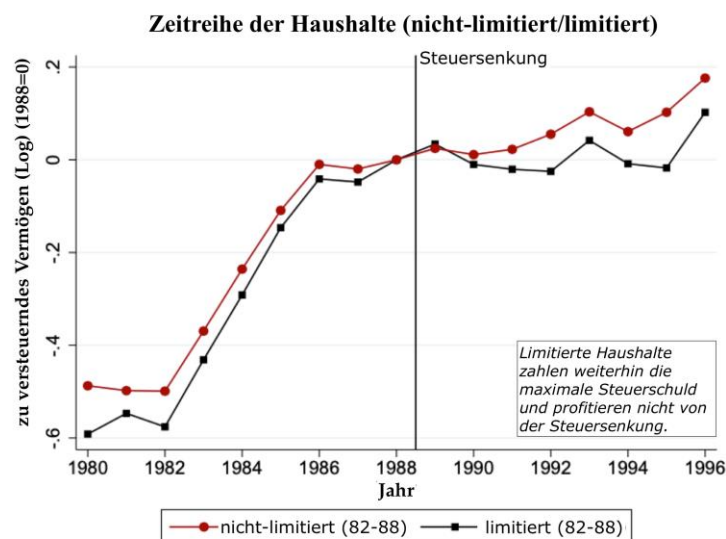


Abb. 1: Vermögensentwicklung der reichsten Haushalte, limitierte und nicht-limitierte Steuerzahler

Quelle: Jakobsen u.a. (2020), Abb. VI.

Die rote Kurve zeigt das Vermögenswachstum der nicht-limitierten Haushalte, welche die maximale Steuerschuld (Obergrenze) noch nicht erreicht haben und somit auf jedes zusätzliche Vermögen die volle Vermögenssteuer bezahlen müssen. In der Zeit vor der Reform weist es ein leicht niedrigeres Wachstum auf als das Vermögen der reichsten Haushalte, deren Steuerschuld mit der Obergrenze limitiert ist und die daher auf zusätzliches Vermögen einen Grenzsteuersatz von Null haben. Letzteres ist durch die schwarze Kurve beschrieben. Dieses Muster kehrt sich unmittelbar nach der Steuersenkung 1989 um: Das Vermögen der nicht-limitierten Haushalte wächst schneller, da sie voll von der Steuersenkung profitieren. Die Autoren deuten diese Trendwende als Evidenz dafür, dass die Vermögensbildung auf niedrigere Vermögenssteuern reagieren und die Haushalte mehr Vermögen aufbauen.

Die Forscher können so zeigen, dass Vermögenssteuern einen deutlichen Einfluss auf das steuerbare Vermögen haben. Dies ist ein überzeugendes Ergebnis, da die Vermögensrends in beiden Gruppen vor der Reform parallel verlaufen und erst danach divergieren. Der Aufbau von Vermögen braucht jedoch viel Zeit. Deshalb sind die Wirkungen der Steuersenkung langfristig stärker als unmittelbar nach der Reform. Etwa nach acht Jahren hat die Reform das Vermögen reicher Haushalte, die von der Steuersenkung profitieren konnten, um rund 31 Prozent erhöht.

Die reichsten Haushalte reagieren in ihrer Vermögensbildung sehr stark auf Steueranreize. Die Senkung des Vermögenssteuersatzes in Dänemark von 2.2 auf 1 Prozent steigerte bei den betroffenen Haushalten das steuerbare Vermögen nach acht Jahren um etwa 31 Prozent.

Auf lange Sicht multiplizieren sich die Auswirkungen der Vermögensbesteuerung. Der Vermögenszuwachs ist nach 30 Jahren sogar mehr als doppelt so gross wie nach acht Jahren. Anhand von Simulationen schätzen die Forscher, dass die reichsten Haushalte, die von der Steuersenkung profitieren konnten, nach 30 Jahren ihr Vermögen um rund 65 Prozent steigerten.

Jakobsen und ihre Co-Autoren führen diese Entwicklung sowohl auf verhaltensbezogene als auch auf mechanische Effekte zurück. Selbst wenn die Haushalte gar nicht auf Änderungen bei Vermögenssteuern reagieren, wird allein die höhere Rendite nach Steuern rein mechanisch ihr Vermögen im Laufe der Zeit vergrössern. Sie kommen jedoch zu dem Ergebnis, dass die Verhaltensänderungen der Haushalte die Vermögensbildung wesentlich stärker ankurbeln als die rein mechanischen Renditeeffekte.

Acht Jahre nach der Steuersenkung ist der Effekt von Verhaltensänderungen der Haushalte auf das Vermögenswachstum etwa vier bis fünf Mal so gross wie der mechanische Effekt der Renditesteigerungen.

Die mechanischen Effekte gewinnen jedoch langfristig aufgrund von Zinseszinsseffekten deutlich an Bedeutung. Nach 30 Jahren machen sie etwa ein Drittel des Gesamteffekts aus. Die Verhaltensänderungen umfassen etwa zusätzliche Ersparnisse und höhere Erbschaften. Die Entscheidung darüber, wieviel jemand seinen Erben hinterlassen möchte, ist insbesondere für die Vermögensbildung der sehr Wohlhabenden relevant.

Welche Auswirkungen haben Vermögenssteuern? Die Studie von Katrine Jakobsen und ihren Ko-Autoren macht deutlich, dass Vermögenssteuern die Vermögensbildung stark beeinflussen. Da die Vermögen stark bei den sehr vermögenden Haushalten konzentriert sind, können auch nur diese von Steuersenkungen profitieren und ihre Vermögen vergrössern. Mittelfristig sind dafür sowohl Verhaltensveränderungen wie z.B. zusätzliche Ersparnisse als auch die höhere Rendite nach Steuern verantwortlich. Vermögenssteuern können daher eine wichtige Stellschraube sein, um beispielsweise langfristige Spar- und Konsumentscheidungen von sehr wohlhabenden Haushalten und die oft ungleiche Vermögensverteilung zu beeinflussen.

Wirtschaftspolitisches Zentrum WPZ

Forschung und Kommunikation auf Spitzenniveau für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft

Das Wirtschaftspolitische Zentrum (WPZ) ist eine Initiative der Forschungsgemeinschaft für Nationalökonomie (FGN-HSG) an der Universität St. Gallen und ist folgenden Aufgaben gewidmet:

- Spitzenforschung mit Anwendungsbezug
- Wissenstransfer in die wirtschaftspolitische Praxis
- Förderung der wissenschaftlichen Nachwuchstalente
- Information der Öffentlichkeit

Unsere Aktivitäten in der Forschung reichen von wegweisenden Studien in Kooperation mit international führenden Wissenschaftlern bis hin zu fortlaufenden wirtschaftspolitischen Kommentaren. Damit wollen wir die wirtschaftspolitische Diskussion mit grundlegenden Denkanstößen beleben und eine konsequente Reformagenda für Österreich entwickeln, um die großen Herausforderungen besser zu lösen. Die Erkenntnisse und Ergebnisse der modernen Theorie und empirischen Forschung sollen zugänglich aufbereitet und kommuniziert werden, damit sie von Entscheidungsträgern und der Öffentlichkeit wahrgenommen und genutzt werden können und für die politische Entscheidungsfindung Relevanz entwickeln.

Wir freuen uns, wenn Sie unsere Initiativen unterstützen und das WPZ weiterempfehlen. Informieren Sie sich auf www.wpz-fgn.com über unsere Aktivitäten, folgen Sie uns auf www.facebook.com/dasWPZ und kontaktieren Sie uns unter office@wpz-fgn.com.

Wirtschaftspolitisches Zentrum | www.wpz-fgn.com | office@wpz-fgn.com
